

## Grüne Bilanz 2003 - 2008

### Die schwarze Macht.....

Nach ihrem bislang besten Wahlergebnis aller Zeiten startete die CSU-Fraktion 2003 unter Ministerpräsident Edmund Stoiber als schwarzer Zwei-Drittel-Block, der vor Kraft kaum mehr laufen konnte. Jetzt, am Ende der Legislaturperiode, muss die CSU mit ihrem neuen Führungsteam Beckstein – Huber zittern, beim bevorstehenden Wahltermin erstmals seit mehr als 40 Jahren die absolute Mehrheit zu verlieren. Der dramatische Vertrauensverlust der CSU ist das augenfälligste Kennzeichen der 15. Legislaturperiode.

Schon die Auseinandersetzungen um die erste Regierungserklärung Stoibers zeigten, dass die CSU von ihrer überbordenden Gestaltungsmacht schlichtweg überfordert war. Die Politik von Staatsregierung und Mehrheitsfraktion fand weder Maß noch Mitte, sondern offenbarte immer deutlicher, dass die CSU ihren inneren Kompass verloren hat. Radikalität und Ratlosigkeit, Brachialreformen und Betulichkeit, Größenwahn und Kleingeist sind die widerstrebenden Parameter, die den Verlauf der CSU-Politik wie eine Fieberkurve erscheinen lassen. Die Kehrtwende und der Eiertanz sind in dieser Legislaturperiode für die CSU die dominante Form der politischen Bewegung geworden.

### Beispiele:

*Sparhaushalt:* Nach der Landtagswahl 2003 schockte die Regierung Stoiber mit einem brachialen Sparkurs. Ziel sollte es sein, Bayern im Jahr 2006 zum ersten Bundesland mit einem Haushalt ohne Neuverschuldung zu machen. Dieser Tanz um die schwarze Null wurde absurderweise mit Vorratsschulden erkaufte: Im Jahr 2005 erreichte die Nettoneuverschuldung in Bayern mit 1,83 Mrd. Euro einen Nachkriegsrekord. Gleichzeitig legte die CSU die Axt an zahlreiche Haushaltstitel, bei denen die vermeintliche Einsparwirkung in Wirklichkeit enorme Folgekosten provozierte, z.B. in den Bereichen Soziales oder Bildung. Reumütig hat die CSU in der Zwischenzeit die Insolvenzberatung wieder aufgestockt und auch bei der Ernährungsberatung den Rückwärtsgang eingelegt. Das Etikett „Nachhaltigkeit“ hat diese Art der Haushaltspolitik definitiv nicht verdient: Viel auffälliger ist dagegen der CSU-typische Schweinezyklus, bei dem das Ausgabenvolumen immer pünktlich zu Wahlterminen wieder anwächst.

*G8/Hauptschulschließungen:* Entgegen allen Wahlversprechungen setzte Ministerpräsident Stoiber mit dem Schuljahr 2004/2005 handstreichartig das achtjährige Gymnasium durch. Völlig überstürzt und ohne pädagogische oder organisatorische Vorbereitung wurden die Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen zu Versuchskaninchen degradiert. Überforderte Schüler, unvorbereitete Lehrkräfte, ein unklarer Lehrplan, fehlende Mittagsbetreuung und unzumutbar lange Schultage gerade für die Fahrschülerinnen und Fahrschüler sorgten für Dauerchaos an den Gymnasien. Trotz zahlreicher Kehrtwenden gelang es der Staatsregierung bis zum Ende der Legislaturperiode nicht, das G 8 zu einem pädagogisch durchdachten Erfolgsmodell zu machen. Ein Filetstück der Reform, die Intensivierungsstunden, wurden zur Manövriermasse, die teuren Schulkantinen bleiben wegen des mittlerweile wieder gekürzten Nachmittagsunterrichts nicht selten ungenutzt. Auch die Hauptschulreform ist über Durchhalteparolen nicht hinausgekommen: Obwohl die Hauptschule immer mehr an Akzeptanz verliert, wird die Staatsregierung nicht müde, am überkommenen dreigliedrigen Schulsystem festzuhalten. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Seit 2005 wurde in 359 Orten die einzige Hauptschule am Ort geschlossen, seit 2004 mehr als 3.000 Hauptschul-Lehrerstellen gestrichen.

*Büchergeld:* Als Ausfluss ihrer Sparpolitik beschloss die CSU-Fraktion, Eltern mit 20 bzw. 40 Euro für die Benutzung von Schulbüchern zur Kasse zu bitten. Jenseits der grundsätzlichen Kritik daran, dass die CSU damit faktisch die Lernmittelfreiheit aufkündigte, trieb auch die dilettantische Umsetzung Eltern, Lehrkräfte und Bürgermeister auf die Barrikaden. Die wenigsten Schülerinnen und Schüler konnten tatsächlich von der propagierten Erneuerung des Schulbuchbestandes profitieren, stattdessen verzettelte sich die Staatsregierung in einer aufwändigen und kostspieligen Bürokratie. Mit dem Amtsantritt Becksteins folgte der Rückzug auf Raten – doch auch dieser glich eher einem Eiertanz. Anstatt die Fehlentscheidung konsequent zu revidieren, wurde die Verantwortung zunächst auf die Kommunen verlagert und diesen „ermöglicht“, das Büchergeld auszusetzen. Am Ende der Legislaturperiode ist der Spuk vorbei und das Büchergeld restlos in der Versenkung verschwunden.

*Nichtraucherschutz:* Noch im Frühjahr 2007 kündigte der scheidende Ministerpräsident Stoiber im Verbund mit seinem Noch-Gesundheitsminister Schnappauf an, Bayern werde als erstes Bundesland ein konsequentes Nichtraucherschutzgesetz vorlegen. Doch die vermeintliche Konsequenz entpuppte sich für die Gastronomie als juristisch fragwürdige Sammlung von Ausnahmetatbeständen, die weder fairen Wettbewerb noch Rechtssicherheit garantieren konnte. Handstreichartig warf die CSU-Fraktion im Herbst 2007 den Kabinettsentwurf über den Haufen und pochte voller Mannesmut auf Nichtraucherschutz ohne Wenn und Aber. Kaum allerdings blies der CSU der erste Raucherprotest ins Gesicht, wurde das Gesetz nach der Kommunalwahl 2008 erneut gekippt. Das vermeintlich strengste Rauchverbot Deutschlands lässt sich mittlerweile in zahlreichen „geschlossenen Gesellschaften“ in der Pfeife rauchen.

*Ladenschluss:* Kaum eine politische Entscheidung hat die Orientierungslosigkeit der CSU so vorgeführt, wie das berüchtigte 50:50-Patt beim Ladenschluss. Obwohl die Landespolitik nach der Föderalismusreform endlich wieder etwas zu entscheiden hatte, zeigte sich die Mehrheitsfraktion unfähig, die neu gewonnenen Landeskompetenzen zwischen ihren widerstreitenden Wirtschafts- und Sozialflügeln in eine bayerische Regelung zu gießen. Auch für einen zweiten Anlauf fehlt der CSU bislang jegliche Kraft.

### **...und wie's die Grünen ihr gezeigt haben**

Unter dem Wahlspruch „Wir zeigen's der schwarzen Macht“ war die grüne Landtagsfraktion 2003 mit ihrem bislang besten Wahlergebnis angetreten, um auch aus der Opposition heraus kräftige Impulse für die bayerische Landespolitik zu setzen.

Ein Anspruch, der aufgegangen ist: In keiner Legislaturperiode vorher war es augenfälliger, wie stark die CSU in ihrer inhaltlichen Orientierungslosigkeit auf grüne Konzepte angewiesen ist. Deutlichster Hinweis darauf ist das Bemühen der CSU, ihrer Politik den Anstrich von Nachhaltigkeit und ökologischer Verantwortung zu geben. In vielen Bereichen musste die CSU darüber hinaus schmerzhaft erkennen, dass sich die Lebensrealität der Menschen in Bayern bereits weit vom konservativen Muff klassischer CSU-Politik entfernt hat und die Partei ein massives Modernisierungsdefizit vor sich her schiebt.

Den Grünen ist es gelungen, hier als Antreiber und Korrektiv zu wirken.

#### **Beispiele:**

*Ausbau Ganztagschule/Kinderbetreuung:* Schon seit Jahren fordern die Grünen eine Schule, die Kindern die bestmögliche Förderung unabhängig von ihrem familiären Hintergrund bietet und setzen dabei auf ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen. Im Schock nach der PISA-Studie schwanden auch für die CSU die Argumente, Ganztagschulen generell zu verteufeln. Stolz verweist die CSU-Fraktion nun auf 1.000 Ganztagschulen in Bayern, wobei sich diese bei näherem Hinsehen vielerorts als Halbtagschulen mit Nachmittagsbetreuung entpuppen. Ebenfalls Bewegung ist in den Ausbau der Kinderbetreuung gekommen: Nachdem Bayern in der letzten Legislaturperiode noch bundesweit Schlusslicht bei der Zahl der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren war, hat die CSU-Fraktion die Beseitigung dieses Missstands nun selbst zum zentralen Thema erhoben. Auch wenn der Weg hin zu einem bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Betreuungsnetz noch weit ist, haben sich die Grünen damit nach langem Bohren gegen die ideologischen Barrieren in der konservativen Fraktion durchgesetzt.

*Gentechnik:* Als die EU mit der Freisetzungsrichtlinie den kommerziellen Anbau von gentechnisch manipulierten Organismen auch in Europa ermöglichte, rollte die Bayerische Staatsregierung den Agrokonzernen an vorderster Front den roten Teppich aus. In keinem anderen Bun-

desland stieg der Staat mit seinen Versuchsgütern so massiv in den Gentechnik-Anbau ein wie in Bayern, um damit die Verbreitung von GVO weiter voranzutreiben. Die Grünen haben die Agrogentechnik von Anfang an abgelehnt und sahen dabei eine breite Front von Landwirten, Verbraucherinnen und Verbrauchern an ihrer Seite. Der massive Protest, aber auch die nicht zu leugnenden negativen Praxiserfahrungen beim GVO-Anbau in Bayern haben mittlerweile auch die Gentechnik-Befürworter in der CSU kleinlaut werden lassen: Der bayerische Landwirtschaftsminister rät Bauern vom kommerziellen Anbau von Genmais ab, die staatlichen Versuchsgüter sind zumindest aus den Landessortenversuchen ausgestiegen, die oberbayerische CSU fordert zur Landtagswahl gar, ihren Regierungsbezirk zur gentechnikfreien Zone zu erklären. Dennoch beschränkt sich der Sinneswandel in der Mehrheitsfraktion noch weitgehend auf Lippenbekenntnisse, Forderungen der Grünen nach einem konsequenten rechtlichen Rahmen zum Schutz der bayerischen Landwirtschaft vor GVO werden regelmäßig boykottiert.

*Klimaschutz:* Noch zu Beginn der Legislaturperiode war der drohende Klimawandel für die CSU ein Fremdwort. Trotz deutlicher Mahnungen des Obersten Rechnungshofs ließ die Staatsregierung die dringend notwendige energetische Sanierung staatlicher Gebäude schleifen und bekämpfte auf Bundesebene vehement das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz, das zur Initialzündung für den Ausbau regenerativer Energien werden sollte. Mit einer pompösen Kabinetts-Klausur auf der Zugspitze versuchte die Staatsregierung 2007 schließlich, verlorenes Terrain gut zu machen. Auf den letzten Metern erhielt das Programm „Bayern 2020“ noch ein Klimaschutz-Kapitel. Endlich wurde die langjährige Forderung der Grünen nach einem Gebäudesanierungsprogramm aufgegriffen, um nicht länger Steuergelder zu den maroden Fenstern von Finanzämtern, Universitäten und sonstigen staatlichen Liegenschaften hinauszuhetzen. Grüne Markenzeichen wie Energiesparen, Energieeffizienz, Geothermie und Kraft-Wärme-Kopplung gehören mittlerweile zum gängigen Wortschatz der CSU-Fraktion. Doch von längst fälligen Einschnitten bei der Autoindustrie, in der Verkehrspolitik, beim Flugverkehr oder in der Landwirtschaft will die CSU-Fraktion noch immer nichts wissen. Klimaschutz á la CSU ist vielfach nicht mehr als ein Feigenblatt für die Forderung nach einer längeren Laufzeit von Atomkraftwerken.

*Transrapid:* Mit zwei Milliarden Euro, davon allein 490 Millionen aus dem bayerischen Staatshaushalt, sollte das umstrittene Prestigeprojekt Transrapid den Münchner Flughafen in zehn Minuten mit dem Hauptbahnhof verbinden. Obwohl von Anfang an die Kosten in keiner Relation zum verkehrlichen Nutzen der Magnetschwebbahn standen und zu einem finanzpolitischen Himmelfahrtskommando für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Land und Bund zu werden drohten, versuchte die Staatsregierung, den Transrapid auf Biegen und Brechen durchzudrücken. Als erste Fraktion im Landtag hatten die Grünen vehement vor dem Projekt gewarnt und schon 2007 in einem detaillierten Gutachten die drohenden Kostensteigerungen vorgerechnet. Nach der Unterzeichnung einer Realisierungsvereinbarung zwischen Staatsregierung und Wirtschaft im Herbst 2007 schmiedeten die Grünen ein breit angelegtes Bündnis für

ein Volksbegehren gegen den Transrapid. Kein anderes Volksbegehren vorher brachte in so kurzer Zeit die notwendigen Unterschriften zustande. Im März 2008 gab die Staatsregierung schließlich dem Druck nach und stoppte das umstrittene Projekt – angeblich, weil die Wirtschaft erstmals den wahren Preis von 3,4 Milliarden Euro genannt hatte. Eben diese Summe hatte die grüne Landtagsfraktion bereits ein Jahr vorher punktgenau auf den Tisch gelegt.

*Untersuchungsausschüsse Hohlmeier/Gammelfleisch/ Landesbank:* Drei Untersuchungsausschüsse durchleuchteten in der zurückliegenden Legislaturperiode die dunkle Seite der schwarzen Macht. Der erste befasste sich mit den Verstrickungen von Kultusministerin Monika Hohlmeier in die Wahlfälscher-Affäre der Münchner CSU und führte zum Rücktritt der Strauß-Tochter. Der zweite Untersuchungsausschuss arbeitete nach einer Serie von Fleischskandalen die massiven Defizite bei den bayerischen Lebensmittelkontrollen auf. Der dritte Untersuchungsausschuss wies Finanzminister Erwin Huber nach, dass er den Landtag wider besseres Wissen über das wahre Ausmaß der Landesbank-Verluste aus der US-Hypothekenkrise hinweggetäuscht hat. Außerdem zeigte das Gremium massiven Handlungsbedarf hinsichtlich der Kontrolle und der künftigen Struktur der halbstaatlichen Bank auf. Entgegen ihrem ursprünglichen Veto aus dem September 2007, mit dem Ministerpräsident Beckstein und Finanzminister Huber auf einer autonomen BayernLB beharrt hatten, rückt die Staatsregierung mittlerweile von diesem „Stand-alone“-Dogma ab. Einzig die Grünen hatten bereits im September für mehr Weitsicht plädiert und gegen diese Stand-alone-Strategie votiert.

## Die 15. Legislaturperiode in Zahlen

Vorgangsart	Gesamt	CSU	SPD	Grüne	Interfraktionell	Staatsregierung
Anträge (Zahl pro MdL)	1.763	521 (4,2)	658 (16)	555 (37)	26	3
Dringlichkeitsanträge	806	202 (1,6)	308 (7,5)	292 (19,4)	4	
Änderungsanträge	1.012	169 (1,3)	461 (11,2)	381 (25,4)	1	
Gesetzentwürfe	245	13 (0,1)	25 (0,6)	38 (2,5)	2	167
Interpellationen	10	0	3	7		
Schriftliche Anfragen	1.828	38 (0,3)	960 (23,4)	827 (55,1)		
Mündliche Anfragen (bis 2006)	1.097	106 (0,8)	595 (14,5)	396 (26,4)		
Anfragen zum Plenum (seit 2007)	443	10 (0,08)	225 (5,5)	208 (13,8)		
Ministerbefragung	20	4	8	8		